

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Vormittag), 17. März 2021 / Mercredi matin, 17 mars 2021

2. Priorität – Finanzdirektion / 2^e priorité – Direction des finances

82 2020.RRGR.141 Motion 095-2020 BGR (Costa, Langenthal)
Berufliche Vorsorge für Grossratsmitglieder

82 2020.RRGR.141 Motion 095-2020 BGC (Costa, Langenthal)
Prévoyance professionnelle pour les parlementaires

Präsident. Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 82, eine Motion des Grossratsbüros, «Berufliche Vorsorge für Grossratsmitglieder». Das Büro empfiehlt, diese Motion anzunehmen. Der Regierungsrat empfiehlt, diesen Vorstoss als Postulat anzunehmen. Je donne la parole au premier vice-président du Grand Conseil, Hervé Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président, rapporteur du Bureau. Mit dieser Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf über eine angemessene berufliche Vorsorge für die Mitglieder des Parlaments im Rahmen ihres Mandats vorzulegen. Der Text soll insbesondere verhindern, dass die Ausübung eines Mandats im Grossen Rat zu einem Mangel an Sozialbeiträgen führt.

Il n'est pas fréquent que le Bureau du Grand Conseil dépose une motion. S'il l'a fait dans ce cas, c'est parce que le Grand Conseil a déjà tenté par le passé de trouver une solution adaptée à la prévoyance professionnelle des membres du Grand Conseil. Il s'est toutefois avéré que le sujet est complexe, car il touche aussi bien au droit des assurances sociales au niveau fédéral et au niveau cantonal qu'au droit fiscal et à d'autres réglementations. Le Conseil-exécutif demande l'adoption sous forme de postulat et esquisse une solution qui prendrait la forme, je cite, d'« une indemnité forfaitaire unique qui serait versée à tous les membres du Grand Conseil », que les membres pourraient ensuite utiliser pour procéder à des cotisations volontaires. Le montant en question ne serait toutefois pas exonéré d'impôt.

Concrètement, cette solution se traduirait par une modification du règlement du Grand Conseil. En proposant cette solution, le Conseil-exécutif part du principe que le mandat de député-e n'entraîne pour les élu-e-s aucune obligation découlant du droit fédéral en matière de prévoyance professionnelle. Or, rien n'est moins sûr.

Le Bureau demande l'adoption de l'intervention sous la forme de la motion, car une solution de prévoyance fait défaut et la motion est formulée de manière suffisamment ouverte pour qu'une solution adaptée puisse être soumise au Grand Conseil, l'élaboration de variantes étant explicitement autorisée par le texte de la motion.

Sollte die Motion abgelehnt werden, wird das Thema der beruflichen Vorsorge für einige Zeit nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Dies liegt daran, dass die einmal pro Legislaturperiode stattfindende Überprüfung der Vergütungen nur die Vergütungen der Gesetzgebung umfasst. Die Frage der beruflichen Vorsorge wird in diesem Zusammenhang nicht behandelt, und kann daher bei dieser Gelegenheit nicht erneut geprüft werden. Unabhängig davon, ob der Vorstoss in Form einer Motion oder eines Postulats angenommen wird, ist es jedoch wichtig, definitive und präzise Antworten auf das in diesem Bereich geltende Recht zu haben, bevor man sich an die Ausarbeitung einer konkreten Lösung macht. Sieht das Bundesrecht in bestimmten Fällen eine Versicherungspflicht vor, zum Beispiel für Mitglieder des Grossen Rates, deren Einkommen aus dem Mandat die vom BVG definierte Schwelle übersteigt und die keine andere bezahlte Tätigkeit ausüben, zum Beispiel Hausfrauen. Es ist die zentrale Frage, die es zu beantworten gilt. Wenn die Antwort Ja lautet, wäre die vom Regierungsrat skizzierte Lösung überholt und es müsste eine andere Lösung gefunden werden. In diesem entscheidenden Punkt geben weder die Lehre noch die Rechtsprechung klare Antworten.

Au demeurant, si la solution proposée par le Conseil-exécutif, à savoir un dédommagement forfaitaire pour une prévoyance facultative, devait s'avérer admissible, elle devrait être inscrite dans la loi, où elle compléterait les dispositions relatives aux indemnités parlementaires ainsi qu'aux dé-

fraiements. Il ne serait pas suffisant de régler cette question au niveau de l'ordonnance, car un modèle de prévoyance facultative ne relève ni de la rémunération du travail parlementaire ni d'un défraiement. Par ailleurs, il conviendrait également d'explicitier les conséquences fiscales d'une telle mesure. Il en va également de l'attractivité de la fonction. Il ne faudrait pas que l'on se coupe de la présence en ce cénacle d'une partie de la population dont les revenus modestes interdiraient toute occupation accessoire portant atteinte à leur prévoyance professionnelle.

En résumé, le Bureau demande l'adoption de l'intervention sous forme de motion. Par ailleurs, en poursuivant les travaux, il faudra impérativement résoudre la question de la compatibilité avec le droit supérieur. Enfin, la solution retenue devra répondre aux besoins de tous les membres du Grand Conseil, qu'ils exercent une activité indépendante ou salariée, et leur éviter tout désavantage fiscal.

Präsident. Merci, Monsieur le vice-président. Wir kommen zu den Fraktionen. Den Start macht Carlos Reinhard für die FDP.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Zu diesem Thema hat die FDP beschlossen, höchstens ein Postulat anzunehmen, und dort auch nicht einstimmig. Warum? Die FDP wehrt sich dagegen, dass unser Mandat hier eine Arbeitsstelle sein soll – oder als Arbeitsstelle zu anerkennen. Gerade die Miliztätigkeit von uns hier hat uns doch geholfen, auch in der Schweizer Politik die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Wir haben gute Kontakte dank unserem Job, den wir sonst als Hauptberuf haben ... nicht als Profipolitiker abzuheben.

Das Argument von Zürich, dass es Zürich macht, überzeugt uns nicht. Erklären Sie doch den Bernerinnen und Berner, warum plötzlich Grossrätinnen und Grossräte eine kleinere Eintrittshöhe des Jahreseinkommens haben können, um ins Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) reinzukommen. Eine so tiefe Eintrittsschwelle ist vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht möglich. Wenn ein solches Mandat neu fast wie eine Arbeitsstelle gelten soll, dann kommen weitere Fragen, zum Beispiel: Gibt es eine Kündigungsfrist? Gibt es Krankentaggeld? Gibt es eine Unfallversicherung? Gibt es Kinderzulagen? Gibt es AHV, 13. Monatslohn usw.? Bei einer solchen Einführung eines BVG muss man auch aufpassen, dass man keine Ungerechtigkeiten einführt. Das BVG besteht nämlich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen. Also wenn jemand schon eine BVG-Lösung hat, durch seinen Hauptberuf, und die Lösung des Grossen Rates nicht braucht, der bekommt nachher vielleicht keine Arbeitgeberbeiträge. Zürich wollte das damit lösen, dass einfach die, die keine BVG-Lösung vom Kanton haben, mehr Entschädigung bekommen. Aber die ist dann wieder auf dem Lohnausweis deklariert, und die BVG-Beiträge von denen, die die Kantonslösung haben, sind dann da nicht drauf und auch nicht steuerpflichtig.

Für die FDP ist es auch ein etwas falscher Zeitpunkt, heute dem Stimmvolk vermitteln zu wollen, dass man in der Lage, in der wir heute sind, in dieser Krise, in der viele Menschen in Kurzarbeit sind und auch die Arbeitsstelle verlieren, dass wir uns hier kurz unsere Entschädigung ganz einfach ausbauen. Warum ein Postulat? Der Vizepräsident hat es selber gesagt: Es sind noch viele Fragen offen, die nicht ganz klar sind, und mit einer Motion würden wir viel zu stark einfach sagen: Ja, wir müssen unbedingt jetzt eine Lösung haben. Wir wollen mit einem Postulat höchstens bekräftigen ... ganz genau prüfen ... und vielleicht, ohne dass es gesamthaft eine Gesamtentschädigung wird, wollen wir einfach nur eine Abklärung haben. Und wenn man dann eine Lösung hätte, könnte man noch einmal darüber abstimmen. In der Motion würden wir viel zu sehr beharren, dass wir einfach mal im Blindflug in diese Lösung rein sollen. Überweisen Sie bitte nur das Postulat.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich bin einer der letzten Mohikaner, der schon in der Parlamentsrechtsrevisionskommission – das war damals noch eine Ad-hoc-Kommission – war, und darum darf ich hier jetzt auch ... die ist mittlerweile aufgehoben, und dann gibt es wohl auch kein Kommissionsgeheimnis mehr, und es wäre wohl auch kein Kommissionsgeheimnis gewesen ... Ich kann Ihnen sagen: Das haben wir schon damals lang und breit diskutiert: Sollte man, wäre das nicht schlau, wäre es allenfalls eine Möglichkeit, wie man mehr Leute dazu bringen könnte, auch ein solches Mandat anzunehmen, weil es doch zum Teil eine Einbusse ist, wenn man hier als Grossrätin oder Grossrat tätig ist, weil man vielleicht reduzieren muss?

Also: Es gibt ganz, ganz viele Sachen, und Sie merken auch: Vorhin, als es vorgestellt wurde von Hervé Gullotti oder auch wie die Antwort der Regierung ausgefallen ist: Man ist eigentlich dafür, aber es ist schwierig, und es gibt ganz viele Sachen abzuklären, und man weiss nicht recht, und es ist ... man hat sich dauernd ein wenig im Kreis gedreht. Und dann geben wir offen zu: Es ist wohl

nicht grad die allerwichtigste Aufgabe, die wir hier als Parlament lösen müssten. Sicher wäre es gut, wenn wir eine Lösung hätten, jedenfalls für einige, für andere ... Selbstständige, das haben Sie in der Antwort gelesen: Die müssen sich entscheiden: Wollen sie verzichten auf den Arbeitgeberbeitrag oder verzichten sie allenfalls Ende Jahr, mehr einzahlen zu können in die eigene Vorsorge? Weil das würde man dann verlieren. Ich habe das selber auch, als ich Gemeindepräsident war ... und musste mir überlegen: Will ich das? Und gerade die, die jetzt sagen: Ja klar, dann können die Selbstständigen dort wieder steueroptimiert Zeug einzahlen. Das kann man auch nur, wenn man Ende Jahr dann wirklich auch die nötige Liquidität hat, und dann kommen noch ganz andere Sachen, auch hohe Rechnungen. Das vergisst man immer ein wenig. Also: Es ist wirklich eine schwierige Sache.

Die Lösung, die der Regierungsrat vorgeschlagen hat, tönt interessant, dass man es so machen könnte, aber das Dilemma ... hat auch Carlos, der Vorredner, eben gesagt: Gegen aussen wirkt es natürlich sofort wie eine schlichte Erhöhung von unserer Entschädigung. Das kommunizieren zu können, dass das eben auch noch etwas Anderes ist, auch das ist wieder schwierig. Und in dieser ganzen Schwierigkeit wird sich auch das Verhalten meiner Fraktion äussern. Ich selber könnte sogar einer Motion zustimmen, aber ich kann auch einem Postulat zustimmen, und so ampelhaft wird es wahrscheinlich auch in der Fraktion sein, das wird Grün und Weiss und Rot und alle Farben geben, die man da kombinieren kann. Ich kann Ihnen schlichtweg nicht sagen, wie die glp abstimmen wird.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte). Der Vorstoss verlangt eigentlich nicht mehr und nicht weniger, als eine Vorlage, allenfalls mit Varianten, auszuarbeiten. Der Kanton Zürich hat bereits ein Spezialvorsorgewerk, das heisst: Es ist nicht etwas komplett Neues, das wir hier fordern. Der Regierungsrat schlägt Annahme als Postulat vor und kann sich eine pragmatische Lösung mit einer Pauschale von 2000 Franken vorstellen. Die Antwort der Regierung zeigt ja bereits eine Variante auf. Somit sind wir eigentlich nicht weit weg von einer Motion. Die Mehrheit der Mitte-Fraktion findet, wenn jemand von daheim aus arbeitet, und hier im Parlament arbeitet oder im Betrieb sein Pensum reduziert, dann soll sein Engagement hier in Bern auch entsprechend versichert werden. Die Fraktion der Mitte stimmt grossmehrheitlich der Motion zu, stimmt einstimmig einem Postulat zu.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich lege nicht meine Interessenbindungen offen, sondern mein Interesse an einer solchen Vorlage. Ich gehöre nicht zu den Grossräten, die das Grossratsmandat im Rahmen der beruflichen Arbeitszeit wahrnehmen können. Der Regierungsrat macht es sich ein bisschen einfach mit seiner Antwort, mit seiner Stellungnahme. Er beantwortet zum Beispiel die Frage nicht, die auch die Finanzkontrolle schon aufgeworfen hat, ob es vielleicht sogar eine Verpflichtung gäbe für eine BVG-konforme Lösung für Grossratsmitglieder. Er spielt den Ball eigentlich einfach zurück an uns und das Ratsbüro und sagt, mit einer Änderung der Geschäftsordnung könnten wir eine einheitliche pauschale Entschädigung einführen, die dann freiwillig für eine Vorsorgelösung verwendet werden könne – oder eben auch nicht. Faktisch wäre das einfach eine Erhöhung der Grossratsentschädigung. Das ist aber eigentlich nicht das Ziel dieser Übung. Das Ziel müsste sein, eine Lücke in der beruflichen Vorsorge zu schliessen, die dann entsteht, wenn jemand nach seiner Wahl in den Grossen Rat sein berufliches Pensum reduziert, um die Aufgaben da erledigen zu können und seiner Entschädigung entsprechend etwa 25 Prozent seiner Arbeitszeit einzusetzen, neben viel unbezahlter Freiwilligenarbeit in der Freizeit. Die grüne Fraktion ist mit der Regierung einig, dass der Regierungsrat verschiedene Fragen vertieft klären lassen sollte, insbesondere auch die Frage, was die Steuerfolgen einer Regelung, wie auch immer sie wäre, wären, und dann sollte er eine echte Lösung der beruflichen Vorsorge von allen Grossratsmitgliedern vorlegen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Für dieses Mal möchte auch ich meine Interessenbindungen bekanntgeben: Ich arbeite in der Geschäftsführung einer Pensionskasse, die heisst Prosperita, einer mittelgrossen Sammelstiftung mit rund 400 Firmen und Organisationen. Auch die EVP wird dieser Motion zustimmen, und wir freuen uns, dass das Büro nicht eingeknickt ist und auch an der Motion festhält. Die Argumente des Regierungsrats, warum er – in Anführungszeichen – «komplizierte» Lösungen ablehnt, sind für uns nicht stichhaltig. Worum geht es da? Will der Regierungsrat Kosten sparen? Oder findet er unsere Anliegen generell nicht wichtig? Immerhin zeigt der Regierungsrat, dass der Kanton Zürich und Bundesbern in dieser Beziehung bereits eine Lösung gefunden haben. *(Kurze Pause, in der sie über ihr Tablet streicht. / Courte pause pendant laquelle elle consulte sa tablette.)* Entschuldigung, ich konnte meine Datei nicht mehr bewegen ... Die Begründung, die der

Regierungsrat anführt, ist für uns nicht einsichtig. Es ist zum Beispiel völlig normal, auch bei uns in der Pensionskasse, dass Einkommen schwanken. Auch andere Einkommen, zum Beispiel von Leuten, die im Stundenlohn angestellt sind, müssen am Anfang des Jahres geschätzt werden und am Schluss des Jahres korrigiert werden. Das ist für eine Pensionskasse Daily Business. Auch dass wir im Kanton Bern zwei Pensionskassen haben, ist kein Grund, Grossrätinnen und Grossräte nicht versichern zu wollen. Man muss sich einfach entscheiden, wo man die Grossrätinnen und Grossräte versichern will. Auch die Eintrittsschwelle ist kein Grund und dass man die eben häufig nicht erreicht. Ich war auf der Website der BPK und habe gesehen, dass sich Arbeitsnehmende, die Teilzeit arbeiten und die Eintrittsschwelle eben nicht erreichen, bereits heute freiwillig versichern können. Warum kann man das nicht mit uns Grossrätinnen und Grossräten machen?

Auch dass nur eine Minderheit des Grossen Rates auf die berufliche Vorsorge, auf die zusätzliche berufliche Vorsorge aus dem Grossen Rat, wirklich angewiesen ist, ist ebenfalls kein Grund, dass wir nicht bezüglich Alter, Invalidität und Tod versichert werden sollen – im Gegenteil: Es ist wichtig, dass auch Grossratsmitglieder, die ihr Pensum wegen des Grossratsmandats reduzieren beziehungsweise keinen anderen Arbeitgeber haben, sich versichern lassen können. Als Beispiel wäre das unsere hochverdiente Christine Schnegg, die in der letzten Session zurückgetreten ist. Sie hatte keinen anderen Arbeitgeber und hat immer wieder probiert, das anzustossen, dass die Versicherung endlich kommt. Das Angebot, das uns der Regierungsrat konkret macht, ist, gelinde gesagt, schäbig, gerade für die Grossrätinnen und Grossräte, die keinen anderen Arbeitgeber haben. Ich frage mich, warum man die nicht in der BBK versichern will, sondern einfach in die Auffangeinrichtung abschieben will. Dort kann man sich zwar auch freiwillig versichern, aber zu minimalen BVG-Bedingungen, was heute kaum mehr eine Firma so macht. Also sind wir hier der Meinung, dass der Regierungsrat, wenn er die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet, noch einmal über die Bücher müsste. Dass er in seiner Antwort auch noch sagt, dass man das Geld auch in der dritten Säule anlegen könnte, eben diesen Pauschalbeitrag, den er da in Aussicht stellt, ist aus meiner Sicht nicht möglich. Gelder, die für die zweite Säule reserviert sind, kann man nicht einfach in die dritte Säule umlegen. Jedenfalls müsste man dem noch genauer nachgehen. Ich komme zum Schluss: Die EVP findet diesen Vorstoss wichtig und wird ihm als Motion zustimmen.

Präsident. Die Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist Grossrätin Andrea Zryd.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Für die SP ist es ganz klar, dass man die berufliche Vorsorge, diese Lücke, endlich lösen muss. Wir waren schon mehrmals an diesem Problem dran, mehr in bilateralen Verhandlungen, wir danken Stefan Costa, dass er diesen Vorstoss eingegeben hat, merci vielmals. Wir würden eine Motion unterstützen, selbstverständlich auch ein Postulat. Grundsätzlich könnten wir auch mit der Lösung, die die Regierung vorschlägt, leben, dass man einen fixen Betrag bekommt und den nachher in die 3a-Säule werfen kann, das ist für uns nicht ganz undenkbar. Persönlich, und auch etliche in der Fraktion würden es auch begrüßen, wenn man eine halbklassische BVG-Lösung finden würde. Und es ist halt schon so, es hat schon etliche von uns, die verschiedene Arbeitgeber haben, oder mehrere, ich sage jetzt mal, mehrere Nebenjobs, die zusammen einen grossen Job geben. Und überall ist man vielleicht in diesen 20'000 Franken drin oder darunter, kann nicht mal in eine BVG einzahlen, und hat dann riesige Koordinationsabzüge, das wird etlichen zum Verhängnis, und das täuscht, dass das wenige sind. Es sind oft auch Frauen ... wenn man Mutter ist und man vielleicht das Pensum reduziert hat, und dann ist eben das Mandat im Grossen Rat ein Einkommen, das wichtig ist. Das kann fast ein Drittel des Einkommens sein, und das muss versichert sein. Ich denke, das gilt es schon zu überdenken, dass es nicht so wenige sind, die eben mehrere Arbeitgeber haben. Und überall leidet man quasi unter dem Koordinationsabzug. Für uns ist wichtig, dass wenn diese Motion hoffentlich angenommen wird oder das Postulat, dass es zeitnah passiert, spätestens auf die nächste Legislatur. Das würde auch ermöglichen, dass vielleicht ein wenig andere Leute ins Parlament kommen würden oder hereingespült würden, die nachher sagen: Doch, ich kann das mit meinem Beruf vereinbaren oder eben mit meinen Nebenjobs. In diesem Sinne bitten wir Sie um Annahme der Motion oder, falls gewandelt wird, des Postulats.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Die EDU-Fraktion unterstützt das Büro im Bestreben für eine gründliche Klärung der Frage der beruflichen Vorsorge. Gibt es eventuell sogar eine Pflicht? Oder welche freiwilligen Möglichkeiten würden bestehen? Auch die Frage, ob wir Grossrätinnen und Grossräte eigentlich Selbständigerwerbende sind oder Angestellte, die ist bis jetzt leider auch nie abschliessend und zufriedenstellend geklärt worden. Aber deswegen vom Regierungsrat schon eine

fertige Gesetzesvorlage ausarbeiten zu lassen mit mehreren Varianten, findet die EDU-Fraktion unverhältnismässig. Die EDU-Fraktion würde deshalb nur in Form des Postulats unterstützen.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP). Der Zeitpunkt für Anpassungen respektive Erhöhungen von Behördenentschädigungen ist wohl nie der richtige. Aber der jetzige Zeitpunkt – wir haben es vorhin auch schon von Carlos Reinhard gehört –, wo Leute um den Arbeitsplatz bangen müssen, in Kurzarbeit sind, Lohnkürzungen in Kauf nehmen müssen, dieser Zeitpunkt ist wohl definitiv der falsche, um hier über Erhöhungen unserer Entschädigungen, was es letztlich ist, zu reden oder einen Auftrag zu geben, in diese Richtung Anpassungen zu machen.

Damit ist nämlich tatsächlich auch die Frage verbunden, wenn wir plötzlich im BVG, in der beruflichen Vorsorge, Forderungen stellen, wie sieht es mit den anderen sozialversicherungsrechtlichen Fragen aus? Auch das hat der Sprecher der FDP bereits angetönt. Darum: Die SVP beantragt Ihnen einstimmig Ablehnung sowohl in der Motions- wie in der Postulatsform.

Präsident. Dann haben wir noch Einzelsprechende, als Erster Grossrat Thomas Gerber.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Auch mich hat der Sprecher der FDP-Fraktion nach da vorne aufgeschreckt und mich zu einem Einzelvotum bewegt, weil ich das Gefühl habe, da seien gewisse Unklarheiten ausgesagt worden. Der koordinierte Abzug vom BVG, der macht Sinn, weil dieser Teil eigentlich die AHV abdeckt, also die erste Säule. Dieser koordinierte Abzug, den kann man aber auch heruntersetzen. Das heisst nicht, dass man ihn immer zu 100 Prozent abziehen muss. Bei uns im Geschäft, wir haben auch viele Teilzeitangestellte, wir machen das zum Beispiel so, dass wir im Beschäftigungsgrad auch den koordinierten Abzug heruntersetzen, damit die Leute, die ein 50-Prozent-Pensum arbeiten oder ein 80-Prozent-Pensum arbeiten, auch in ein BVG kommen können, und eine solche Lösung hat heute jede Pensionskasse. Das wäre auch hier für uns im Grossen Rat eine Möglichkeit, dass wir in ein richtiges BVG hineinkämen. Stimmen Sie dieser Motion zu.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Lesen wir doch noch einmal, was diese Motion eigentlich will. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten mit einer angemessenen beruflichen Vorsorge im Kanton für Grossratsmitglieder für ihr Grossratsmandat. Können Sie sich vorstellen, dass es im Kanton Bern Firmen gibt, die sagen: Ja, manchmal verdienen meine Leute so 19'000, und nachher sage ich: Ach komm, es ist eigentlich einfacher, wenn wir keine Pensionskassenlösung haben. 46 Prozent kämen ja auf diesen Betrag, den man haben müsste ... es ist ja egal, das lassen wir. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Männer und Frauen, wir sind hier das kantonale Parlament. Es kann doch nicht sein, dass wir hier einfach so ein wenig entscheiden können, wie wir das haben möchten. Wir haben Selbständigerwerbende, wir haben Leute, die ganz viele verschiedene Jobs haben, viele verschiedene Sachen, die sie machen, die sie auch zurückgestuft haben, damit sie genug Stellenprozente haben für hier. Ich kann mich erinnern: Als ich mich zur Wahl stellte, hat man gesagt, ein Grossratsmandat sind etwa 30 Prozent, und man hat damals gerade die Erhöhung der Entschädigungen gemacht und hat gesagt: Das sind etwa 30'000 Franken. Ich kann Ihnen sagen, dass ich recht erstaunt war, als ich hier wieder las, was wir eigentlich im Schnitt für eine Entschädigung haben, weil der Aufwand, den wir betreiben, ist recht gross. Wir nehmen einerseits die Sessionen, und ich nehme an, bei Ihnen ist es ähnlich wie bei mir auch: Die zwei oder drei Wochen vorher sind platschvoll, die zwei oder drei Wochen nachher sind auch platschvoll, weil du musst dich irgendwie organisieren. Man liest Tausende von Seiten, man ist an sehr vielen Sitzungen, und wir kommen auf einen Betrag von um die 20'000 Franken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben wir doch der Regierung einfach diesen Auftrag, das zu machen, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Das wird seine Zeit brauchen. Sie können alle Überlegungen einbringen, und dann haben wir hier etwas Konkretes, das wir anschauen können. Und noch ein Satz an meinen lieben Kollegen Bichsel von der Finanzkommission: Ja, es ist nie die richtige Zeit zum Ändern. Aber wir können auch sagen, mit der Revision des Grossratsgesetzes haben wir die Grossratsdebatte noch effizienter gemacht, wir sind schneller unterwegs, und man könnte den Fokus auch auf die richten, die in diesem Jahr ... oder im letzten Jahr wesentlich mehr verdient haben, weil ihre Branche zufällig gerade etwas Glück hatte mit der Pandemie. Von daher: Darauf müssen wir uns nicht abstützen, sondern auf die Richtigkeit hier für uns und vor allem für künftige Volksvertreterinnen und Volksvertreter.

Präsident. Für die Stellungnahme der Regierung gebe ich das Wort an Frau Regierungsrätin Beatrice Simon.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich denke, wir sind uns wohl im Grundsatz einig: Die Forderung, dass Mitglieder des Grossen Rates eine angemessene berufliche Vorsorge bekommen sollen, ist berechtigt. Und trotzdem empfiehlt Ihnen der Regierungsrat, diesen Vorstoss nur in Form eines Postulates anzunehmen, und ich möchte Ihnen gern begründen, warum das der Fall ist.

Der im Vorsorgesystem der zweiten Säule zentrale Arbeitnehmerbegriff ist mit der Tätigkeit in einem Parlament definitiv nicht vereinbar. Das zeigt sich exemplarisch am Beispiel der Vorsorgeeinrichtung für die Mitglieder der eidgenössischen Räte, die in der Vorstossbegründung ja auch erwähnt werden. Der Vorsorgebeitrag basiert nicht etwa auf einem individuell erzielten Einkommen, sondern wird in Form einer Pauschalentschädigung ausgerichtet. Und mit den Grundsätzen der obligatorischen beruflichen Vorsorge ist das kaum vereinbar und wahrscheinlich einfach dem Umstand geschuldet, dass der Bundesgesetzgeber seinen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aufgrund der hohen zeitlichen Arbeitsbelastung einen kleinen, einen bescheidenen beruflichen Vorsorgeschutz bieten wollte.

Es ist unbestritten, dass das politische Mandat für viele Mitglieder der eidgenössischen Räte einkommensmässig den Hauptberuf darstellt. Für die Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Bern dürfte aber das politische Mandat wahrscheinlich nur in den wenigsten Fällen einkommensmässig den Hauptberuf darstellen. Die Tätigkeit im Grossen Rat ist viel stärker mit dem Milizgedanken verbunden. Das zeigt sich auch nicht zuletzt an der Höhe des jährlichen Einkommens eines Grossrates oder eine Grossrätin, das doch um einiges tiefer ist als das der Mitglieder der eidgenössischen Räte.

In der Vorstossantwort wird auch die Vorsorgelösung für die Mitglieder des Zürcher Kantonsrates erwähnt. Basierend auf der Zürcher Vorsorgelösung würden die Mitglieder des Grossen Rates im Kanton Bern für ihre berufliche Vorsorge einen Beitrag für durchschnittlich etwa 2000 Franken bekommen, entweder in Form eines Arbeitgeberbeitrags oder an eine Pensionskasse oder als Vorsorgebeitrag. Der Regierungsrat erachtet eine Vorsorgelösung analog der des Kantons Zürich angesichts der Höhe der resultierenden Beiträge an die berufliche Vorsorge als sehr kompliziert. Aufwand und das beabsichtigte Ziel stehen nach Meinung der Regierung in keinem Verhältnis.

Darum kann sich der Regierungsrat dem Grundanliegen des Vorstosses anschliessen, aber wir schlagen eine andere Lösung vor, die wesentlich einfacher umsetzbar wäre. Sie haben es schon ein paarmal erwähnt: Statt einem Spezialvorsorgewerk würden wir eine einheitliche Entschädigung einer Pauschalen von maximal 2000 Franken an alle Grossrätinnen und Grossräte vorsehen, die dann nachher natürlich individuell eingesetzt werden kann. Das sind die Gründe, warum wir vorschlagen, diese Motion in Form eines Postulats anzunehmen. Ich bitte Sie, die Regierung zu unterstützen.

Präsident. Ich gebe das Wort noch einmal dem Sprecher des Büros, an Grossratsvizepräsident Hervé Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président, rapporteur du Bureau. Je vous remercie de la discussion riche et bien charpentée. Le Bureau maintient l'intervention sous la forme d'une motion. Il estime que la réponse du gouvernement n'est pas suffisante, que le sujet mérite une étude approfondie sur le plan du droit comme mentionné. Le Bureau ne veut pas qu'en acceptant le postulat le parlement se retrouve au même point dans deux ans et reprenne les mêmes discussions. Il est conscient que de nombreuses questions sont à préciser et que le temps n'est peut-être pas bien choisi pour se les poser. Mais il invite quand même à un certain courage. Je vous invite donc à soutenir la motion.

Präsident. Merci, Monsieur le vice-président. Wir kommen zur Beschlussfassung. Traktandum Nummer 82, eine Motion des Grossratsbüros, berufliche Vorsorge für Grossratsmitglieder. Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.141)

Vote (2020.RRGR.141)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Adoption

Ja / Oui 71

Nein / Non 75

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie lehnen diese Motion ab, mit 71 Ja- zu 75 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.